

B. Berichte

B. 1. Bericht der Ombudsperson

Einreicher*innen: Dieter Gaitzsch

[Weiterführung von Verfahren](#)

Seit dem Bericht an die 3.Tagung des 16. Landesparteitages wurde folgende Anfragen weitergeführt:

[Stadtverband Dresden](#)

[Anfrage zu persönlichem Gespräch](#)

- 23.05.2022 – Bitte eines Genossen zu persönlicher Aussprache wegen Beleidigung
- 12.06.2022 – Das Gespräch wurde vom Gegenpart abgelehnt

[Stadtparteitag - Folgen](#)

- 12.06.2022 – Stadtparteitag mit verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Genoss*innen, danach Gespräche mit den Betroffenen. Die Bereitschaft zur Vermittlung war bei den Beteiligten unterschiedlich.
- 16.06.2022 – erweiterte SV Sitzung mit Beschluss zur Eröffnung eines Schiedsverfahrens gegen 2 Genossen. Damit ist die Ombudsperson nicht mehr beteiligt.

[Kreisverband Sebnitz](#)

- 18.04.2022 – Osterspaziergang im Kreis Pirna, Bitte um Hilfe im Ortsverband Sebnitz.
- 25.04.2022 – Treff mit der Kreisvorsitzende zu den Problemen im Ortsverband und zu der Situation in Meißen
- 29.04.2022 –Einladung zum Ortsvorstand am 02.05. nach Sebnitz.
- 02.05.2022 – Teilnahme an OV Sitzung, letztlich Einigung hinsichtlich der gemeinsamen Veranstaltung am 17.06.
- 13.06. Einladung zum geselligen Beisammensein in Sebnitz für 17.06.
- 17.06. Teilnahme an der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung in der Forellenschänke Sebnitz
- 21.06. Zusammenfassendes Mail an die Teilnehmer*innen der gemeinsamen Mitgliederversammlung
- Der Kreisverband hat Wahlen durchgeführt und es wurden keine weiteren Anfragen an die Ombudsperson herangetragen.

[Ortsverband Meißen](#)

- 13.06.2022 – Anruf einer Genossin zum Verhalten des OV hinsichtlich der Nachfolge für den verstorbenen Stadtrat Ingolf Brumm (parteilos) hinsichtlich dessen Nachfolge. Der Nachfolger Günter Jordan wird nicht in die Fraktion aufgenommen
- 14.06.2022 – Telefonat mit der Genossin.
- 04.07.2022 – Teilnahme an der Ortsversammlung. Der, auf Ingolf Brumm nachfolgende Genosse war anwesend. Die Genoss*innen waren teilweise nicht gut informiert.

- 15.07.2022 – Gespräch mit Günter Jordan und Vereinbarung eine Kontaktaufnahme mit Vertreter*innen des Jugendverbandes
- 15.07.2022 – Mail an Vertreter*innen des Jugendverbandes, keine Reaktion.
- Keine weitere Anfrage

Neue Verfahren

Stadtverband Dresden – Stadtbezirksverband West

- 31.01.2023 - Im Rahmen der Wahlvorbereitung erreichte mich die Information, dass die Genoss*innen des Stadtbezirksbeirates (SBBR) und der Stadtbezirksvorstand (SBV) keinen Kontakt haben und keine Kommunikation stattfindet.
- Mehrere Telefonate und Mailverkehr zeigten einen länger bestehenden Konflikt zwischen den Genoss*innen im SBV und einem Mitglied des SBBR.
- 24.03.2023 – Ombudsgespräch mit Mitgliedern des SBBR und des Stadtbezirksvorstands. Als Konfliktpunkte wurden zeitliche Ressourcen und Terminprobleme benannt. Daraufhin wurde:
 - ein neuer Terminvorschlag für die Beratungen des Stadtbezirksvorstands erarbeitet, an dem auch Genoss*innen des Stadtbezirksbeirates teilnehmen können und
 - vereinbart, dass die Genoss*innen des Stadtbezirksbeirates den Stadtbezirksvorstand über aktuelle Fragen des SBR informiert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet werden.
- In der Folge wurden einzelne Gespräche geführt. Es stellte sich heraus, dass der Konflikt sich auf einen Genossen im SBR und 2 Genoss*innen im Stadtbezirksvorstand zugespitzt hat. Ein gemeinsames Gespräch wurde abgelehnt. Es folgten Einzelgespräche.
- 03.05.2023 - Bei dieser gemeinsamen Beratung des SBV und des SBBR mit Beteiligung der Ombudsperson hat herrschte eine sachliche Atmosphäre und es wurden Aktivitäten, unter anderem zum Kindertag besprochen und Verantwortlichkeiten festgelegt.
- Am 11.05. schrieb das Mitglied des SBBR, an dem sich der Konflikt entzündet hatte, eine Mail, in der eine Genossin des SBV mit falschen LBehauptungen diffamiert wurde. Kurz danach wurde der Genosse krank und ein klärendes Gespräch konnte nicht stattfinden.
- Aufgrund der, nach Aussage des SBV wiederholten Diffamierungen ließ der Vorsitzende des SBV seine Arbeit ruhen.
- Ein weiterer Versuch eines gemeinsamen Gesprächs im Rahmen einer Veranstaltung der Fraktion des Stadtrates wurde von dem Genossen des SBBR abgelehnt.
- Unter diesen Umständen ist eine Weiterführung des Ombudsverfahrens nicht möglich.

Landesrat

- 14.05.2023 – Ein Genosse des Landesrates informierte mich von einem Vorfall im Landesrat vom 13.05.2023, den er als „Eklat“ empfand. Bei seinem Bericht über die Arbeit des Liebknecht Kreises wurde er von einem anderen Genossen des Landesrates verbal angegriffen. Seine Äußerungen wurden als „vulgäre Beschimpfungen“ empfundenen.
- Es wurden in der Folge mehrere Telefonate und Mailverkehr mit dem Genossen vom Liebknecht Kreis, ein Telefonat mit dem Genossen, der die beleidigenden Äußerungen getätigt hat und einem Sprecher des Landesrates geführt. Das ergab folgende Situation:
 - Der Genosse, der die beleidigenden Äußerungen getätigt hatte, hat im Telefonat erkannt, dass er überreagiert hat.
 - Der Genosse aus dem Liebknecht Kreis hat in Abstimmung mit dem Liebknecht Kreis seine Mitgliedschaft im Landesrat ruhen lassen. Der Landesgeschäftsführer hat ihn darauf aufmerksam gemacht, dass eine ruhende Mitgliedschaft im Landesrat nicht in der

Satzung vorgesehen ist. Letztlich erwartet der Genosse eine Entschuldigung vor dem Landesrat.

- Der Sprecher im Landesrat hat sich verständigt, bei der nächstfolgenden Sitzung des Landesrates sich dazu zu äußern. Leider konnte ich bei dieser Sitzung nicht dabei sein, aber nachfolgend gab es keine Informationen mehr, die eine weitere Aktivität der Ombudsperson erforderte.

Schlussfolgerungen

Hinter den meisten Konflikten, die nicht gelöst werden konnten, steht ein tiefgreifendes kulturelles Problem. Dieses Problem ist in der Partei und auch in der Gesellschaft vorhanden. Es ist grundlegende Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Das Problem ist die fehlende Bereitschaft, sich mit anderen Denk- und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen.

Es äußert sich in der mangelnden Bereitschaft, die eigene Gedankenwelt zu verlassen und zu akzeptieren, dass es andere Gedankenwelten gibt und diese ebenfalls ein Recht zur Existenz haben. Dieses kulturelle Problem führt letztlich zu einer Beschädigung der Demokratie, weil sie die notwendige Fähigkeit zum Diskurs einschränkt oder es im schlimmsten Fall sogar verhindert. Wenn es in der Demokratie keinen Diskurs gibt, werden die diktatorischen Elemente gestärkt. Diese Gefahr besteht aktuell in der Gesellschaft und wir als LINKE müssen diskursfähig sein, wenn wir einen demokratischen Sozialismus wollen.

Das bedeutet nicht, demokratiefeindliche Gedankenwelten zu unterstützen, in welcher Form auch immer. Das bedeutet aber gleichzeitig, diese zu kennen, denn sonst ist eine Debatte nicht wirklich zu führen.